

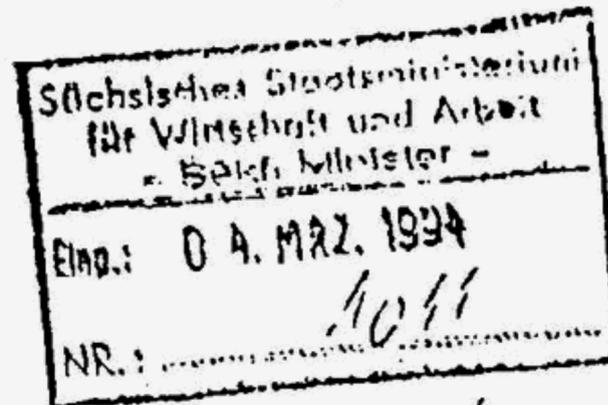
Vorab per Telefax!



VORSTAND

Herrn  
Staatsminister K. Schommer  
Sächsisches Staatsministerium  
für Wirtschaft und Arbeit  
z. H. Herrn Ministerialdirigent  
Joachim Wagner  
PF 12 09 37

01008 Dresden



1. MIN
2. STW
3. Reg
4. ABT IV

Vorbekommen:

1/2  
- 7. MARZ 1994  
1075 G. Büro MP, SMT, SM  
2. G.

02.03.1994

1e 4.7

### Kohleversorgung Braunkohlekraftwerk Lippendorf Verfügbarkeit der Kohlemengen im Bereich Heuersdorf

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

wir beziehen uns auf das in Ihrem Hause und unter Beteiligung der Herren Staatsminister Dr. Jähnichen, Prof. Dr. Milbradt und Vaatz geführte Gespräch zur Braunkohleversorgung des Kraftwerkes Lippendorf. Absprachegemäß legen wir Ihnen auf diesem Wege unsere Position noch einmal zusammenfassend dar.

Unser Anschreiben richten wir an Sie zugleich im Namen der am Kraftwerk beteiligten Südpartner, Bayernwerk AG, Badenwerk AG und Energieversorgung Schwaben AG.

Bei der Privatisierung der ostdeutschen Braunkohle war seitens der beteiligten Energieversorger aus Gründen der wirtschaftlichen und wettbewerbsfähigen Stromerzeugung zunächst nur an die Fortführung des Lausitzer Reviers gedacht. Die Aufrechterhaltung des mitteldeutschen Braunkohlereviers erschien damals unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit, bedingt durch die im Vergleich zur Lausitz geringen, wirtschaftlich förderbaren Kohlevorräte, mit kostenträchtigem hohem Schwefelgehalt, nicht zukunftsweisend.

Aufgrund intensiver Bemühungen der Politik, Ihres Hauses und der Treuhandanstalt fand sich die Stromwirtschaft bereit, durch die Errichtung zweier 800-MW-Blöcke am Standort Lippendorf die Grundlage für einen ausreichenden Kohleabsatz und damit die Rettung der MIBRAG und der damit verbundenen Arbeitsplätze zu schaffen.

Unabdingbare Voraussetzung hierfür war die langfristig gesicherte und ausreichende Bereitstellung hochwertiger, heizwertgünstiger und wegen der geringen Transportentfernung zwischen dem Tagebau Vereinigte Schleenhain und dem Kraftwerk auch transportkostengünstiger Kohle.

VEAG war angesichts ihrer Planungen im Lausitzer Revier nicht in der Lage, mehr als einen Block am Standort MIBRAG auszulasten. Die am Stromvertrag und damit an der VEAG beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen, in diesem Falle die Südpartner Bayernwerk AG, Badenwerk AG und Energieversorgung Schwaben AG, erklärten sich daher bereit, den notwendigen zweiten Block mit Aufnahme der Energie in ihre Versorgungsgebiete zu übernehmen. Diese Entscheidung war besonders schwierig, da hier neben dem Wettbewerb zur Importkohle zugleich die Wettbewerbssituation zur deutschen, aber auch französischen Kernenergie bzw. zur alpinen Wasserkraft zu beachten war. Darüber hinaus sind durch die Südpartner zusätzlich die Stromtransportkosten von Lippendorf nach Süddeutschland bei der Wirtschaftlichkeitsbewertung zu berücksichtigen.

Zur Rechtfertigung der Investition des Kraftwerks und Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit wurden als wichtigste Voraussetzung am 8. März 1993 mit MIBRAG zwei Kohleverträge für eine Mindestlaufzeit von 40 Jahren abgeschlossen. In den Verträgen verpflichtete sich MIBRAG, den Kohlebedarf des Kraftwerks entsprechend den Anforderungen für einen Betrieb in der Grundlast, d. h. mit 10 Mio. t/a, zu decken. Die Verträge wurden deshalb u. a. unter den Vorbehalt gestellt, daß alle behördlichen Genehmigungen zum Betrieb des Tagebaus "Vereinigte Schleenhain" erteilt werden.

Von allen Beteiligten wurden die Vertragsabschlüsse als ein wichtiger Schritt für den Aufschwung Ost und die Sicherung von mehreren tausend Arbeitsplätzen in der Region angesehen, so auch in den Medien dargestellt und seitens der Politik begrüßt.

VEAG und die Südpartner haben in den vergangenen Monaten alles daran gesetzt, die Auslegung der Blöcke des Kraftwerks der besonderen Wettbewerbssituation anzupassen. So werden die Blockleistungen auf eine bestmögliche Brennstoffausnutzung ausgelegt, der Wirkungsgrad der Anlage erreicht ein weltweit bei Braunkohleblöcken bisher nicht erreichtes Niveau, die Abwärme wird maximal für eine Fernwärmeversorgung der Stadt Leipzig und anderer Verbraucher genutzt.

Die für Planung und Genehmigung bisher vergebenen Aufträge belaufen sich derzeit auf 95 Mio. DM.

Eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen des Vertrages mit MIBRAG war, daß der Braunkohlepreis so bemessen wurde, daß unter Berücksichtigung der Investitions- und Betriebsmehrkosten eines Braunkohlekraftwerks im Vergleich zur Importsteinkohle wettbewerbsfähige Stromerzeugungskosten erreicht werden.

Mit dem Verzicht auf eine Förderung der 50 Mio. t im Gebiet Heuersdorf lagernder Kohle und unter Berücksichtigung gegebenenfalls weiterer mit der vorgestellten "Variante 3" verbundener Einschränkungen

- können die beiden Blöcke nurmehr 30 - 35 Jahre statt mindestens 40 Jahre genutzt bzw. ausreichend mit Kohle versorgt werden
- entstehen bei MIBRAG Kohlemehrkosten, wie von MIBRAG angegeben, von 20 %, die über den Kohlepreis weitergegeben werden müßten.

Wir haben die Auswirkungen beider Effekte auf unsere Stromerzeugungskosten im Kraftwerk überprüft.

Das Ergebnis unserer Prüfung, um das Sie uns gebeten haben, ist folgendes.

Für die verkürzte Nutzungsdauer von 30 Jahren (35 Jahren) ergeben sich für das Kraftwerk infolge der erforderlichen vorzeitigen Ersatzinvestitionen Mehrkosten von 860 Mio. DM (390 Mio. DM) im Summenbarwert bzw. von 69 Mio. DM (32 Mio. DM) jährlich.

Die von MIBRAG angegebenen 20 % Mehrkosten für die Kohle führen bei ca. 10 Mio. t/a Kohleabnahme und einer Betrachtung über 30 (bzw. 35) Jahre zu Mehrkosten von 1,13 (1,21) Mrd. DM (Summenbarwert) bzw. von 90 (97) Mio. DM/a im langjährigen Mittel.

Angesichts dieser entstehenden Mehrkosten im Falle einer Umgehung der Gemeinde Heuersdorf sehen wir eine wettbewerbsfähige Stromerzeugung am Standort Lippendorf nicht mehr als erreichbar an. Das Kraftwerk wird unter diesen Umständen nicht errichtet.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Dr. Schommer, auch Ihre am Gespräch beteiligten Ministerkollegen von diesem unserem Standpunkt in Kenntnis zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

VEAG Vereinigte Energiewerke AG

